NEBELSPALTER

Gastkommentar

Energiestrategie: Auf dem Weg zu Jahrhundertfehler Nr. 2

Gastautor

0 12 | 0 | 26.11.2025

Vorlesen

Alt Bundesrätin Doris Leuthard im Einsatz für die Energiestrategie 2050 im Nationalrat. Bild: Keystone

Eduard Kiener, der frühere Direktor des Bundesamts für Energie, schreibt in der «Finanz und Wirtschaft», wer den Klimaschutz ernst nehme, dürfe die Atomenergie nicht bekämpfen. Erneuerbare Energien könnten auch in Zukunft die Winterversorgung nicht sicherstellen. Den Bau neuer Atomkraftwerke (AKW) wieder zuzulassen, mache nicht nur Sinn, sondern sei «zwingend geboten».

Zum Autor

Markus Saurer (1959) ist selbständiger ökonomischer Berater und Publizist. Er ist zudem Vorstand und Gründungsmitglied des Carnot-Cournot-Netzwerks und Expertenbeirat im Energie Club Schweiz.

Auch Energie-Bundesrat Albert Rösti sagt in einem Interview der «NZZ am Sonntag», die Stromversorgung der Schweiz könne auf Dauer nicht ohne AKW sichergestellt werden – er wünsche sich diese zwar nicht, halte sie aber für erforderlich, um die Dekarbonisierung und Versorgungssicherheit langfristig zu gewährleisten.

Dagen hält der Klimaphysiker Reto Knutti im «Nebelspalter» Netto Null CO_2 im Zeithorizont 2050 und den Totalumstieg auf erneuerbare Energie für problemlos möglich - wenn wir wollen, dann schaffen wir es – ohne Atom, versteht sich.

Utopist Knutti

ETH-Professor Knutti muss angesichts der massiven Probleme der deutschen Energiewende, des Ibero-Blackouts, der Entwicklung der Aktienkurse der Solar- und Windindustrie oder derjenigen der Erdölfirmen, der ständig neuen Rekorde in den globalen CO_2-Emissionen und des Versagens von COP30 zu den Utopisten zählen. Sowie zu den öffentlichen Intellektuellen, die auf einem Gebiet bekannt geworden sind, sich aber berufen fühlen, noch in anderen Gebieten als Experten aufzutreten – und das immer und überall mit ETH-Etikette. Ernst nehmen muss man hingegen den Ex-Direktor des Bundesamts für Energie und – selbstverständlich – den «Energieminister».

Eduard Kiener hat in diversen Papieren nachvollziehbar aufgezeigt, dass die Photovoltaik in der Schweiz nicht ergiebig genug ist und nicht rasch genug zugebaut werden kann, um den immer noch geplanten schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie zu kompensieren.

- Dasselbe gilt erst recht für die Windenergie, die in der Schweiz nie eine wichtige Rolle spielen wird.

Wir steuern auf eine immer grösser werdende Stromversorgungslücke im Winter zu, die wir wohl früher oder später mit Gaskraftwerken decken müssen. Zurzeit decken wir sie mit Importen, doch diese können im aktuellen energie- und umweltpolitischen Umfeld in Europa nicht auf Dauer und in stetig zunehmender Menge als gesichert beurteilt werden.

- Daran wird auch das Stromabkommen mit der EU, so es denn überhaupt zustande kommt, nicht viel ändern.

Sponsored Content

Die Kunst des Reisens

Mit dem DS N° 8 nimmt die französische Oberklassemarke die Qualitäten der legendären Déesse wieder auf und ermöglicht komfortables – und stilvolles – Reisen im Zeitalter der Elektromobilität.
Ramon Egger

Seit Fukushima (2011) und der Volksabstimmung zur Energiestrategie (2017) hat es dazu eine ganze Reihe von Studien im Auftrag des Bundes wie im Auftrag von Dritten – auch von Kritikern der offiziellen Energiepolitik – gegeben. Die Studien im Auftrag des Bundes und anderer Befürworter gehen durchwegs von optimistischen Annahmen aus und kommen zum Ergebnis, die vollständige Dekarbonisierung und die Sicherung der Stromversorgung des Landes liessen sich wie geplant realisieren.

- Bei genauer Betrachtung zeigt sich, dass dies auch dem Studienauftrag entspricht – diese Studien sollten eben die Machbarkeit nachweisen, um die Akzeptanz für die Klima- und Energiepolitik aufrecht zu erhalten. Die anderen kommen mit weniger optimistischen Annahmen zum gegenteiligen Ergebnis.

Im Widerspruch zur Energiestrategie

Mit dem Gang der Dinge, spätestens nach der Abschaltung des AKW Mühleberg (2019), wurde aber einer Mehrheit klar, dass die verbleibenden AKW noch sehr, sehr lange weiterlaufen müssen und die Schweiz über kurz oder lang nicht ohne Gaskraftwerke und/oder massive Stromimporte auskommen würde – ein krasser Widerspruch zur Energiestrategie, welche die schrittweise Abschaltung der AKW versprochen hatte. Und Gaskraftwerke stehen natürlich im Widerspruch zur Klima- bzw. Dekarbonisierungspolitik.

Des Weiteren wurde klar, dass die Speicherung von überschüssigem Sommerstrom zur Deckung der Winterstromlücke mit Wasserspeicherung nie in ausreichender Menge würde erfolgen können und technisch denkbare Alternativen der Umwandlung von Strom zu Gas und dessen Rückwandlung zu Strom (P2G2P) ökonomisch nicht tragbar sein würden. Die Energiestrategie erwies sich immer mehr als höchst unsichere Importstrategie. Die offenbar nicht ausreichend reflektierten Gegenmassnahmen, der Solar- und der Windexpress, sehen sich nach anfänglich grossen Ankündigungen durch Widerstände der betroffenen Bevölkerung immer mehr auf Zwergniveau reduziert.

Die Energiestrategie 2050 und die laufende Energiepolitik ist somit gescheitert.

- Jetzt droht uns aber nach diesem «Jahrhundertfehler» (so nannte es der Ökonom Silvio Borner schon im Jahr 2015) gleich ein vermutlich noch grösserer Fehler, den Bundesrat Rösti jetzt unbedingt vermeiden sollte.

Zwar sieht er, dass auf Dauer AKW unumgänglich sind. Aber diese brauchen viel Zeit. Deshalb ist Rösti – wie wohl die meisten Energiepolitiker – der Auffassung, dass wir für die Zwischenzeit so viele Wasser-, Solar- und Windkraftanlagen wie nur irgendwie möglich zubauen sollten, um die Winterstromlücke bzw. den Importbedarf so gering wie möglich zu halten. Was ist daran falsch?

Zusätzliche Wasserkraft kann sinnvoll sein, weil sie gut plan- und steuerbar ist. Allerdings ist das Potenzial für zusätzliche Werke sehr gering, weshalb wir sie hier ausklammern können.

- Der strategische Fehler betrifft die dezentrale Produktion von Solar- und Wind-Flatterstrom in unzähligen kleinen und kleinsten Einheiten.
- Diese können für die Landesversorgung nur durch einen massiven Zubau von Netzen, Speichern, Regelwerken und vielen Systemelementen nutzbar gemacht werden.

Werden später zentrale AKW in Betrieb genommen, dann dürfte der grösste Teil dieser Elemente der dezentralen Flatterstromproduktion obsolet werden. Wir riskieren mit dieser unreflektierten Zubaupolitik, die gestrandeten Investitionen (Fehlinvestitionen) der Zukunft zu generieren – und dies in der Höhe von sehr, sehr vielen Milliarden. Dies sind nicht Milliarden, die die Nationalbank drucken kann, sondern die Kosten eines enormen Ressourcenverzehrs an Kapital, Arbeit, Know-How, Energie, Boden und Landschaft.

Wie muss vorgegangen werden?

Wie in jeder vernünftigen strategischen Planung müssen realistische Szenarios entwickelt werden, wie eine optimierte Stromversorgung des Landes in Zukunft – also auf lange Dauer, in der auch AKW eine Option darstellen – aussehen könnte. Aus den Hauptelementen dieser optimierten Versorgungsstruktur (Produktionsmix: Wasser, AKW, Solar, Wind u.a.) lassen sich die optimalen systemischen Zusatzelemente Netze, Speicher, Regelwerke etc. herleiten.

Und schliesslich ist daraus der kostenminimale, umweltschonendste Entwicklungspfad zu bestimmen, auf dem wir von heute zur künftigen Lösung kommen. Mit der Frage, wie weit Marktergebnisse diesen optimalen Entwickungspfad beschreiten und welche Rahmenbedingungen dazu nötig wären, befassen wir uns hier (noch) nicht, weil diese den Rahmen sprengen würden.

Es ist zu vermuten, dass wir für den Übergang viel weniger auf dezentralen Flatterstrom und viel mehr auf zentrale Werke – dafür kommen vorerst wohl nur Gaskraftwerke in Frage – setzen sollten und dadurch enorme Ressourcen einsparen könnten (zu diesem Ergebnis kaum auch eine jüngere Studie von PricewaterhouseCoopers PwC für Deutschland).

- Daraus folgt für Bundesrat Rösti, dass er die Organisation der Forschung im BFE unverzüglich neu aufgleisen muss.
- Es macht keinen Sinn, wie geplant viele weitere Millionen in die Forschung zur Schaffung von Akzeptanz für die laufende Energiepolitik einzusetzen. Die Forschung muss sich mit der Frage der zukünftig optimierten Energiepolitik befassen.

NEBELSPALTER

Nebelspalter AG
Buckhauserstr. 11
8048 Zürich

Allgemeine Fragen
info@nebelspalter.ch
T +41 44 242 87 87

Kontakt Redaktion
redaktion@nebelspalter.ch